



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Frau Willms

Telefon: (0221) 221-21600

Fax: (0221)

E-Mail: jennifer.willms@stadt-koeln.de

Datum: 25.09.2020

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 09.03.2020, 15:00 Uhr bis 18:17 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP, ab 01.11.2020 Ratsmitglied

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Roß-Belkner	CDU
-------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD- Fraktion
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Ulrich Trapp	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU

Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing-Clasen	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Silvia Behrendt	Stadtschulpflegschaft
----------------------	-----------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakcioglu	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Mehmet Cambaz	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Herr Wolfgang Hülsmann	rubicon e.V.
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, begrüßt alle Anwesenden und weist darauf hin, dass die Schulpost, der Jahresbericht vom Amt für Weiterbildung und von der Schulsozialarbeit die Dokumentation zum Fachtag ausgelegt wurde.

Die Verwaltung schlägt vor, die Bestellung einer Schriffführerin und die Kurzinformati-
on über die Schulentwicklungsplanung 2020 vor Eintritt in die Tagesordnung zu bera-
ten. Weiterhin schlägt die Verwaltung vor, die Anträge unter TOP 2.1, 2.1.1 und 2.2,
die Anfragen und Beantwortungen unter TOP 3.1.2, 3.1.2.1, 3.2.4, 3.2.4.1, 3.2.5 und
3.2., die Beschlussvorlagen unter TOP 4.2 und 4.3 sowie die Mitteilungen unter TOP

5.9, 5.10, 5.11 und 5.12, sowie im nichtöffentlichen Teil den TOP 11.2 zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, schlägt vor, den TOP 5.10 zu Beginn der Sitzung zu beraten und den TOP 2.3 in den Gesundheitsausschuss zu verweisen.

Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer Schriftführerin
0814/2020

Kurzinformation über die Schulentwicklungsplanung 2020

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Ausbau des Gesamtschulangebotes in Köln – Standortsuche muss verstärkt werden
AN/0333/2020

2.1.1 Änderungsantrag zu TOP 2.1. „Ausbau des Gesamtschulangebotes in Köln – Standortsuche muss verstärkt werden“
AN/0360/2020

2.1.2 Änderungsantrag zu TOP 2.1 DA Ausbau des Gesamtschulangebotes in Köln
AN/0367/2020

2.2 Corona-Prävention in städtischen Einrichtungen
AN/0351/2020

2.2.1 Corona-Prävention in städtischen Einrichtungen (AN/0351/2020)
0801/2020

2.3 Gymnasial- und Gesamtschulplätze für Köln in Porz
AN/0369/2020

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des Eckpunktepapiers des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI) aus einer früheren Sitzung
4450/2019

3.1.2 Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganzttag an Kölner Grundschulen
AN/0050/2020

3.1.2.1 Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganzttag an Kölner Grundschulen
0630/2020

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 KLASSE-Projekt Klima Aktion: Schulen sparen Energie
AN/0101/2020

3.2.2 Netzwerke an Schulen - NetCologne
AN/0232/2020

3.2.3 Beschleunigung der Schulbaumaßnahmen- weitere Projektarten
AN/0248/2020

3.2.4 Schulreinigung
AN/0195/2020

3.2.4.1 Beantwortung einer Anfrage, AN/0195/2020
0802/2020

3.2.5 Gebäudenutzung Möbelhaus Flamme als Schulgebäude
AN/0343/2020

3.2.6 Kölner Partnerschulen in Polen: LGBTI-freie Zonen in Polen
AN/0358/2020

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Einrichtung von Fachräumen als Automatisierungslabor im Berufskolleg 17, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln (Deutz) – Förderprogramm des Landes NRW 'Digitalpakt Schule' – außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2020 mit dazugehöriger Freigabe
2687/2019

4.2 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“
hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 – 4
0442/2020

4.3 Elternbeitragssatzung für die Kindertagesbetreuung ab 01.08.2020
0558/2020

5 Mitteilungen

5.1 Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Verkehr - Wie engagiert werden
in Köln Verbesserungen umgesetzt?
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am
02.12.2019, TOP 5.2.1
0129/2020

5.2 Lehrschwimmbecken der GGS Hohe Straße in Porz Ensen - Offener Brief der
Vernetzung Porzer Bürgervereine und Statikgutachten
0151/2020

5.3 Teilnahme des Erich-Gutenberg-Berufskollegs am Schulversuch Talentschu-
len
0160/2020

5.4 Neue Integrationschancen durch einen Schulabschluss an der Tages- und
Abendschule Köln
0262/2020

5.5 AN/0127/2020 Schulsituation in Porz - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
0312/2020

5.6 Kinderfreundliche Kommune Köln
Erster internationaler Child Friendly Cities Summit in Köln, veranstaltet durch
UNICEF und der Stadt Köln / Halbzeitbilanz "Kinderfreundliche Kommune"
3580/2019

5.7 20. Ehrenamtspreis "KölnEngagiert"
4439/2019

5.8 Jahresbericht 2019 des Amtes für Weiterbildung / Volkshochschule liegt vor
0360/2020

5.9 27. Bericht zur Situation Geflüchteter
0417/2020

5.10 Beantwortung einer Anfrage zum Verbot der muttersprachlichen Unterhaltung
von Schüler*innen während der Pausen in den Kölner Schulen -
AN/1739/2019
0544/2020

5.11 Rückblick Digital Education Day 2019
0608/2020

5.12 Dokumentation des Fachtags der Schulsozialarbeit "mehr möglich machen"
0470/2020

6 Anfragen

6.1 mündliche Anfrage von Frau Fuhrmann - Toilettensanierung an der TAS

6.2 mündliche Anfrage von Herr Dr. Zimmermann - Grundschule Manderscheider Platz

6.3 mündliche Anfrage von Herr Tempel - Digitalpakt

6.4 mündliche Anfrage von Frau Ruffen - Rahmenvertrag Touch Panels

6.5 mündliche Anfrage von Herrn Dr. Gutzeit - Inventur an Schulen

6.6 mündliche Anfrage von Herr Thelen - Planung des Hölderlin-Gymnasiums

6.7 mündliche Anfrage von Herrn Kockerbeck - Gesamtschule Kalk

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer Schriftführerin 0814/2020

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestellt Frau Claudia Caspar zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Kurzinformation über die Schulentwicklungsplanung 2020

Herr Beigeordneter Voigtsberger berichtet zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2020:

Es folgte an dieser Stelle eine Kurzinformation (Präsentation) über die Schulentwicklungsplanung 2020 durch Herrn Pfeuffer. Die Präsentation liegt der Niederschrift anbei.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bedankt sich. Er sei überrascht, diese Präsentation jetzt zu bekommen, da schon des Öfteren über die Priorisierungsliste in den letzten Monaten diskutiert worden sei. Offenbar habe sich jetzt die Gesamtverwaltung entschlossen und das Bildungsdezernat grünes Licht bekommen für stärkere Anstrengungen beim Schulbau. Dies werde hoffentlich Druck aus dem Kessel in der Stadt nehmen, der gerade erst bei den Anmeldungen an den Gesamtschulen entstanden war. Er sei überrascht gewesen, Anfang Februar in den Zeitungen Ankündigungen für drei neue Gymnasien in den Jahren 2023 bis 2026 zu lesen, ohne dass diese den Ratsgremien vorher vorgestellt worden seien.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, merkt an, dass im Änderungsantrag, den DIE LINKE heute gestellt habe, die Forderung nach der Perspektive von Null Ablehnungen an Gesamtschulen aufgezeigt wurde. Es sei ihm nicht deutlich geworden, warum man sich da nicht festlegen möchte und das selbst nicht für einen groben Zeitraum. Weiterhin fragt er von welcher Zügigkeit bei den Gesamtschulen ausgegangen werde. Es sei besser, wenn es 4-zügige Gesamtschulen gäbe. Jedoch sei es unerfreulicher, wenn es Gesamtschulen –wie die Gesamtschule in Longerich- gibt, die 4-zügig gebaut würden und dann nachträglich 6 Züge aufwiesen. Es stellt sich die Frage, ob die Verwaltung mit 4-zügigen oder 6-zügigen Gesamtschulen plane.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bedankt sich für die sehr ehrgeizige Planung, die offensichtlich eine große Beschleunigung in die notwendigen Schulbauten bringe, vor allem was die weiterführenden Schulen angeht. Man rechne bis 2030 mit einem Bedarf von über 50 Schulen. Die Stadtverwaltung mache wahnsinnige Anstrengungen, um die Gebäudewirtschaft besser auszustatten. Der Vorteil einer rechtlich orientierten Verwaltung sei, dass es nicht gehe wie in der Privatwirtschaft. Auch seien bei Stellenzusetzungen und Erhöhungen der Vergütung, Ingenieure „nicht zu backen“. Die Chancen einer Beschleunigung seien da. Bei den benannten anderen Bauträgern, sei die GAG nicht aufgelistet. Diese könne jedoch ebenfalls Schulen bauen. Es gebe offensichtlich rechtliche Schwierigkeiten. Diese müssten bei einer solchen Situation im Schulbau gelöst werden. Die GAG sei ein großes Unternehmen und in

Berlin, wo die gleichen Probleme bestünden wie in Köln, sei eine Gesellschaft für den Schulbau zuständig.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, spricht ebenfalls sein Lob aus. Die Ausführungen von Herrn Voigtsberger und Herrn Pfeuffer habe er mit der Überschrift notiert: „Keine Denkverbote!“ Dies sei der Punkt zu glauben, dass man mehr erreichen könne, wobei sein Vorredner die Hemmnisse aufgezeigt habe. Seit fünf Jahren habe man immer wieder die Problematik, Schulplätze zu brauchen. Man müsse mit der Entwicklung der Stadt mitgehen, wo immer mehr Leute dazukommen, also auch bei den steigenden Schülerzahlen. Es gebe nicht nur bei den Gesamtschulen Kapazitätsprobleme, sondern auch bei den Gymnasien. Damit diese Lücke, die besteht, geschlossen werden kann, wurde bereits einmal das Verhältnis verändert (13 Gymnasien, 8 Gesamtschulen). Er glaube, dass man dort mittelfristig wieder etwas näher rankommt. Er sei ein bisschen skeptisch und auch wieder optimistisch in Bezug auf die Frage, wo man Flächen her bekäme, da man in Konkurrenz zum Wohnungsbau, zu Sport, Grünflächen, etc. stehe.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, schließt sich dem Lob an und bedanke sich auch für die klaren Worte. Alle sehen diese Herkulesaufgabe, die vor uns liege. Bevor ins Detail gegangen und das ausdiskutiert werde, solle sich ausführlich mit dem Thema Schulbaugesellschaft beschäftigt werden. Die Gebäudewirtschaft solle auf vernünftige Füße gestellt werden, um die Schlagkraft wieder zu erhöhen, die Ressourcen zu nutzen und die Strukturen zu verbessern. Die geplante Umfrage könne sie begrüßen, diese sollte jedoch Ergebnisoffener werden. Die Umfrage sei wichtig, weil man durch die getrennten Anmeldeverfahren von weiterführenden Schulen keine belastbaren Zahlen haben, wo tatsächlich der Elternwunsch liege. Sie appelliert an die Fraktionen, die Frage nach Gymnasien oder Gesamtschulen nicht im Detail zu diskutieren. Dies helfe in der Situation nicht weiter.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, dankt ebenfalls für diese Fleißarbeit, das Datenmaterial den aktuellen Entwicklungen anzupassen. Das Problem sei nie die Schulentwicklungsplanung gewesen, sondern das Umsetzungsproblem. Daher solle die Schulentwicklungsplanung von der Bauproblematik getrennt werden. Seine Fraktion habe zu dem Thema Gesamtschulen und Gymnasien eine etwas andere Position.

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, freut sich über die konkreten Vorgaben und dass die Dringlichkeit erkannt worden sei. Er merkt an, dass die Anmeldefrist abgelaufen sei und fragt, ob es schon konkreten Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen für das kommende Schuljahr gebe, um zu sehen, ob die Prognose mit diesen Zahlen übereinstimmt. Es dürfe keine Denkverbote geben. Er fragt nach, ob sich diese Aussage auch auf den Flächennutzungsplan beziehe. Man müsse nicht in einer Zeit, in der wir unseren gesetzlichen Auftrag verfehlen, darüber nachdenken, ob Flächen, die vielleicht langfristig anders genutzt werden sollten, dem Schulbau zur Verfügung gestellt werden könnten. Aus den offenen Grenzen innerhalb der EU könnten sich noch weitere Herausforderungen steigender Schülerzahlen ergeben. Es müsse darüber nachgedacht werden, kurzfristig auch Containerlösungen auf Freiflächen zu verwirklichen. Für das nächste Schuljahr seien 14 weitere Klassen anvisiert. Es gebe Klassen, die keine Waschbecken haben, weil sie nicht als Klassenräume gedacht waren, aber jetzt so genutzt werden müssten. Er fragt, inwieweit daran gedacht worden sei, in Köln größere Investoren zu verpflichten, genau wie bei Sozialwohnungen auch Schulen in großen Investitionsprogrammen vorzusehen.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, bedankt sich für die aufschlussreichen Zahlen über die Schülerentwicklung. Trotzdem weise er auf den momentanen Stand hin, dass 950 Kinder an Gesamtschulen abgelehnt worden seien. Von sechs Zügen ausgehend

seien dies 6,3 Gesamtschulen. Bis zum Jahr 2023 sollten drei Gesamtschulen dazukommen, bis zum Jahr 2025 nochmal drei. Insgesamt seien dies also weniger als 6,3 Gesamtschulen. Daraus ergebe sich, dass wir bis 2025 auf jeden Fall noch Ablehnungen an Gesamtschulen haben werden. Ab 2025 gebe es steigende Zahlen, d.h. vor 2030 würde man nicht genügend Gesamtschulplätze in Köln haben. Das sei nicht die Beschleunigung, die wir brauchen, daher müsse sich die Stadt überlegen, wie sie die Beschleunigung hinbekommt. Genauso fehlten bis zum Jahr 2030 die Gymnasialplätze. Wenn es keine Denkverbote gebe, muss überlegt werden, ob Schulen an der Gebäudewirtschaft vorbei gebaut werden könnten. Zuletzt hieß es, man bräuchte keine 15 Jahre bis zur Fertigstellung einer Schule, sondern fünf Jahre, dies sei schon über ein Jahr her. Seitdem sei keine neue Schule hinzugekommen. Die Umfrage könne nur richtige Zahlen liefern, wenn bei den Eltern auch abgefragt würde, wo sie ihre Kinder anmelden möchten, wenn die vergleichbaren Schulformen alle gleichweit entfernt sind und am gleichen Ort lägen, da viele Eltern ihre Entscheidung davon abhängig machten, wo die Schule liegt und nicht allein davon, was es für eine Schule sei. Die Stadtschulpflegschaft ist nicht zufrieden und wünsche sich deutlich mehr Ehrgeiz.

Herr Dr. Schlieben dankt Herrn Tempel für seine Ausführungen. Er stimme ihm nicht in allen Punkten zu, da dies einen negativen Blick auf die Arbeit der Verwaltung werfe. Gravierende Fehlentscheidungen in der Vergangenheit, auch im Ausschuss hätten zu diesem Desaster mit beigetragen. Wären vor 10 Jahren entsprechende Maßnahmen getroffen worden, wäre man heute weitaus weiter an vielen Stellen. An manchen Stellen habe er mehr Realitätssinn gesehen als in der Vergangenheit und daher habe ihm das heute besser gefallen als in früheren Präsentationen. Er bittet die Verwaltung, auf die Fragen einzugehen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger stellt fest, dass von Zufriedenheit in der aktuellen Situation gar nicht die Rede sein könne. Er glaube, dass die Schulentwicklungsplanung momentan einen Weg aufzeige, der am Bedarf orientiert sei. Bei den drei Gymnasien und drei Gesamtschulen bis 2023 sei noch kein Interimbau aufgestellt. Man müsse dort zuerst Flächen finden. Es werde daran gearbeitet, diese Mammutaufgabe zu lösen. In diesem Rahmen dürfe es keine Denkverbote geben. Herr Pfeuffer habe das Thema Schulbaugesellschaft angesprochen, welches man natürlich prüfe, und bis zur Mitte des Jahres auch ein Ergebnis dieser Prüfung vorlegen werde. Er stellt klar, dass die Schulentwicklungsplanung und das, was man als Bedarf kennzeichne, ganz am Anfang der Phase stehe und man jetzt diese Maßnahmen ergreifen müsse.

Herr Pfeuffer nimmt zu der Frage von Herr Kockerbeck Stellung. Die Zügigkeit der neuen Gesamtschulen werde größtmöglich geplant. Z.B. in der Parkstadt Süd plane man mit sechs Zügen. In der aktuellen Schulentwicklungsplanung seien die einzelnen Planungen in einer der Anlagen genau hinterlegt. Es werde definitiv mit 0 Abweisungen an den Gesamtschulen geplant. Bei der komplexen Realität werde man sicherlich noch einige Jahre brauchen, wenn man die 2x3 Gesamtschulen vorgezogen an den Start bringe. Es gebe noch weitere Maßnahmen. Die Lise-Meitner-Gesamtschule in Porz und die Karl von Ossietzky-Gesamtschule in Longerich sollen erweitert werden. Landesweit würden Tausende von Schülerinnen und Schülern abgewiesenen. Dies sei ein NRW-weites Problem. Wir erlebten einen unglaublich tiefgreifenden Wandel in der Schullandschaft, den es zu gestalten gelte. Dies brauche ein Stück weit Zeit. Den Hinweis von Herrn Thelen zu der GAG nehme er auf.

Zu den Fragen von Herrn Dr. Gutzeit antwortet Herr Pfeuffer, dass es die Mehrfachnutzung von Flächen in jüngerer Vergangenheit bereits gegeben habe. Ein fortschrittliches Beispiel gebe es in Wien, bei dem Schule, Büros und Wohnen kombiniert würden. Dies sei in verschiedenen Bildungscampi so umgesetzt worden, dass Schulen

sich auch in den Sozialraum öffnen und als Versammlungsstätten genutzt wurden. Bei so knappen Flächen würden intelligente Lösungen für Mehrfachnutzung gebraucht.

Zur den Fragen von Frau Ruffen teilt Herr Pfeuffer mit, dass die Elternbefragung, gerade auch wegen der kritischen Diskussion bei der letzten Elternbefragung, unbedingt extern beauftragt werden solle.

Zu den Fragen von Herrn Dr. Zimmermann teilt er mit, dass konkrete Anmeldezahlen im Mai veröffentlicht würden. Die Aussage „Keine Denkverbote“ bezöge sich auch auf den Flächennutzungsplan. Die Hinweise würden gern in den dialogischen Prozess aufgenommen. An der einen oder anderen Stelle müsse darüber nachgedacht werden, planungsrechtliche Grundlagen zu ändern, falls dies möglich sei. Beispielsweise die Schule Zusestraße läge am Rande eines Gewerbegebietes, was vor einigen Jahren so noch undenkbar gewesen wäre. Die Schulen seien bereits unwahrscheinlich verdichtet. In den Gymnasien befänden sich 109 Mehrklassen. Es sei nicht das Begehren der Verwaltung die Schraube noch weiter zu drehen und alle Qualitätsansprüche über Bord zu werfen, aber manchmal nutze es einfach, mit den Schulleitungen vor Ort nochmal ins Gespräch zu gehen, den Blick zu weiten und zu schauen, wo etwas möglich sei und wenn die Qualität stimmt, ihnen weitere Vorschläge zu unterbreiten. Im Rahmen des GU/TU-Paketes und anderen Kontexten seien große Bauunternehmer auch im Bereich Schulbau bereits unterwegs. Das sei durchaus willkommen und darf auch gerne in der Zukunft verstärkt werden.

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Ausbau des Gesamtschulangebotes in Köln – Standortsuche muss verstärkt werden AN/0333/2020

Dieser Antrag wird durch den erweiterten Antrag unter TOP 2.1.2 ersetzt.

2.1.1 Änderungsantrag zu TOP 2.1. „Ausbau des Gesamtschulangebotes in Köln – Standortsuche muss verstärkt werden“ AN/0360/2020

Dieser Antrag wird durch den erweiterten Antrag unter TOP 2.1.2 ersetzt.

2.1.2 Änderungsantrag zu TOP 2.1 DA Ausbau des Gesamtschulangebotes in Köln AN/0367/2020

Herr Philippi, SPD-Fraktion, ist sehr verärgert über eine Ablehnungszahl von 950 Kindern. Er zitiert Herrn Pfeuffer, dass es derzeit eine G9-Herausforderung gebe und eine G9-Krise verhindert werden müsse. Mit einer Erhöhung von 200 Schulplätzen gegenüber dem vergangenen Schuljahr sei man nicht in einer Gesamtschulkrise, sondern in einem Gesamtschuldesaster. Diese Zahl sei nicht mehr hinnehmbar und stelle die freie Schulwahl der Eltern in Frage. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung der G9 habe er damit gerechnet, dass sich mehr Eltern für das Gymnasium entscheiden. Wenn man den Elternwillen respektieren wolle, müsse man umsteuern in Richtung Gesamtschule. Darauf beziehe sich der Antrag der SPD-Fraktion auf die Interims. Die SPD-Fraktion werde darüber hinaus den Änderungsantrag der Linken unterstützen, da zumindest temporär der Blick auf die Gesamtschulen gerichtet werden müsse. Man könne es sich nicht mehr leisten, bestimmte Flächen als Schulstandort, wie beispielsweise die Herbesthaller Straße, abzulehnen. Daher werde die SPD-Fraktion auch noch um den Schulstandort Rondorf kämpfen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, erklärt, dass seine Fraktion die Punkte b, c, d des SPD-Antrags mittragen könne, wo auf das Flächenproblem abgehoben werde. Es sei wichtig, dass die Verwaltung Maßnahmen ergreife, um das Flächenproblem zu lösen. Zu Punkt a werden die Ankündigungen von Herrn Voitsberger begrüßt. Anfang Februar seien bereits sechs Gesamtschulen bis 2025 avisiert gewesen. Es gehe nicht um eine ideologische, sondern um eine ganz konkrete Diskussion um Gesamtschulen. 950 Kinder und Eltern seien um 950 Gesamtschulplätze gebracht worden. Es gehe um die Gleichberechtigung mit den Eltern, die einen Platz an der gewünschten Schulform erhalten haben. Bei Bekanntgabe der 950 Ablehnungen habe DIE LINKE eine Pressemitteilung herausgegeben, dass die Stadt Köln über viele Jahre falsche Prioritäten gesetzt habe. Davon auszugehen, dass vielleicht 2030 die Zahl 0 bei den Ablehnungen erreicht würde, reiche nicht aus. Dies habe auch etwas mit den Weichenstellungen beispielsweise im Stadtvorstand zu tun. Das Bildungs- und das Baudezernat müssten die Mittel bekommen, um möglichst schnell die Lücke zu schließen. Daher werde von der LINKE diese Zielvorgabe für 2025/26 gesetzt. Er stimmt Frau Ruffen zu, dass die städtische Gebäudewirtschaft gut ausgestattet werden müsse, bevor man über neue Schulbaugesellschaften spreche. Dies sei auch eine Frage der finanziellen Ressourcen und welche dafür von der Stadtspitze zur Verfügung gestellt würden. Dann sei es auch besser möglich, um Personal zu werben. Man solle versuchen, mit höheren Gehältern mehr qualifizierte Ingenieure und Architekten einzustellen.

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben CDU-Fraktion merkt an, dass er mit den Ausführungen nicht zufrieden sei. Viele Punkte könne er nicht nachvollziehen, insbesondere was die Logik des Antrags betrifft. Er weist darauf hin, dass man von der Realität ausgehen müsse. In Punkt a des Antrags der SPD-Fraktion sei benannt, dass man sechs Interimsschulen bauen wolle. Drei davon sollen als Gesamtschulen gebaut werden, jedoch ist unklar welche Schulform die anderen erhalten sollten. Wenn die SPD dies ändere, so wie DIE Linke es möchte, in sechs Gesamtschulen, dann bestünde Klarheit. Wenn diese Schulen umgehend realisiert werden sollten, müssten sie bei der Gebäudewirtschaft personalisiert werden. Dafür würden sechs Maßnahmen aus der Prio 0 –Liste genommen werden müssen, da nur diese personalisiert seien. Er fragt in Richtung SPD-Fraktion, welche dies sein sollten. Die CDU-Fraktion möchte zusätzliche Maßnahmen in der Prio 0 schaffen, beispielsweise durch Sonderprogramme. Mit dem Antrag, sechs neue Gesamtschulen zu schaffen, würde man also erst neue Plätze schaffen, wenn alle Projekte aus der Liste abgearbeitet seien und die Verwaltung für diese Maßnahme kein Personal habe. Es sei für die CDU-Fraktion zu spät, die Gesamtschulproblematik anzugehen, wenn Schulbaumaßnahmen nicht personalisiert seien und daher in den nächsten 10 Jahren nicht gebaut werden können. Dies solle

früher mit diesem Antrag angegangen werden. Es habe ihm sehr gut gefallen, dass Verwaltung und Politik ähnliche Ideen im Schulentwicklungsplan hätten. Unter Punkt 2 werde im Antrag der CDU-Fraktion genannt, dass man Interimsschulen bauen wolle. Als Nummer 3 habe die CDU-Fraktion die Flächensuche aufgenommen, aber nicht erst in 7-8 Jahren unter Prio 1. Diesbezüglich finde er aber die beiden anderen Anträge sehr wenig und rechtlich bedenklich. Wer Gesamtschulplätze und zusätzlich Gymnasialplätze schaffen wolle, müsse daher für den Änderungsantrag von CDU und Grüne stimmen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, ist verwundert über den Dringlichkeitsantrag der SPD. Die Ablehnungszahl sei jedes Jahr Plus-Minus gleich, so dass man diesen Antrag bereits früher hätte stellen können. Dadurch, dass Gymnasien alle Schüler aufnehmen müssten und es dort ein nachgelagertes Verfahren gebe, wisse man nicht eindeutig, wer wo hin wolle. Eltern in Köln wollten inzwischen einen Schulplatz möglichst in Wohnortnähe und legten nicht einmal mehr Wert auf einen spezifischen. Sie freut sich auf die Umfrage, damit endlich Klarheit herrsche. Es müsse Schulplätze in allen Bereichen geben. Der Ausschuss habe eine Prio-Liste und einen Schulentwicklungsplan verabschiedet und man müsse die Verwaltung jetzt daran arbeiten lassen. Die Politik werde schon seit Jahren gerügt, dass Beschlüsse immer wieder umgekippt würden, weil man neue Erkenntnisse hat und Schulen würden dadurch nicht fertig. Sie appelliert, jetzt loszulegen statt zu überlegen, was man anders machen solle.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, dass seine Fraktion in der schwierigen Situation des vor allem Fehlens von Gesamtschulplätzen konkret und schnell eine Verbesserung erreichen möchte. Deshalb möchte seine Fraktion nicht nur diesen Ersetzungsantrag mit vielen Maßnahmen beschließen, sondern auch konkret eine Beschleunigung etwa des Ausbaus der Lise-Meitner-Gesamtschule in Porz erreichen. Mit der Schaffung einer Prioritätenliste müsse überlegt werden, wie man realistisch und ehrlich diese schwierige Situation stemmen könne. Der Ersetzungsantrag solle dazu dienen, eine Beschleunigung zu erreichen und gleichzeitig der Öffentlichkeit zu sagen, was man überhaupt unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten im Moment schaffen könne.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, merkt an, dass man sich aus der Schulentwicklungsplanung über die Prioritäten unterhalten müsse. Es werden dringend Gesamtschulplätze benötigt. Die Vertreter der gymnasialen Schulpflegschaften wiesen darauf hin, dass das Niveau an den Gymnasien durch die Ablehnungen an den Gesamtschulen sinken würde. Die Stadtschulpflegschaft sehe als Priorität, zunächst Gesamtschulen zu bauen und danach Gymnasien.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, antwortet darauf, dass die Stadtschulpflegschaft eine sehr schwierige Frage aufgeworfen habe. Man habe tatsächlich im Schulbereich ein Fehlen von empirischen Daten. Als es einmal empirische Daten zu der Förderung von Schülerinnen und Schülern auf Gymnasien und Gesamtschulen gegeben habe, ist herausgekommen, dass selbstverständlich auf Gesamtschulen die Schülerinnen und Schüler, die keine Gymnasialgutachten von den Grundschulen hatten, wesentlich besser gefördert worden seien. Und es gebe Vergleiche, was das Abitur betreffe. Das Abitur an Gymnasien und Gesamtschulen sei völlig gleich. Man müsse in die Pädagogik der einzelnen Schulformen hineinsehen und da ist es mit Sicherheit so, dass das Einräumen von Chancen die Gesamtschulen viel besser können als Gymnasien. Weitere empirische Daten ergeben, dass 40 % der Grundschulempfehlungen im Hinblick auf den Schulerfolg der Schülerinnen und Schüler falsch seien.

Solche Unterstellungen, dass durch die Gesamtschülerschaft die Qualität von Schulen sinke, seien sehr fragwürdig und mit Sicherheit falsch.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, teilt mit, dass auch er dafür sei, dass die Kinder bestens versorgt würden. Er stimmt Herrn Philippi zu, dass man keine Erkenntnisprobleme, sondern Umsetzungsprobleme habe. Es sei bisher eine weitere Gesamtschule gebaut worden, jedoch sei der Drang zur Gesamtschule offenbar wieder größer. Es gebe derzeit insgesamt nicht mehr Schulen. Er stimmt Herrn Dr. Schlieben zu, dass eine Änderung der Prioritäten keine Lösung sei. Es sei zu prüfen, wie man die Ressourcen schaffen könne, um mehr Schulbauprojekte gleichzeitig zu verwirklichen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, findet den Hinweis von Herrn Pfeuffer sehr richtig, dass es ein landesweites Problem sei und man an das Land NRW appellieren müsse. Es gebe rund 1000 Kinder pro Jahr mehr, die an Gesamtschulen gehen möchten gegenüber vor 10 Jahren. Das Land müsse den Kommunen bei einem solchen Umbruch helfen. Die ehemalige Dezernentin Frau Dr. Klein habe schon vor Jahren gesagt, dass dort wo neue Gesamtschulen eröffnet worden sind, ganz neue Schichten von Eltern erschlossen wurden, die ihr Kind dorthin schickten. Je mehr Gesamtschulen man gründe, umso mehr würden sie ausgewählt. Dann schlummere da noch eine große Zahl von weiterem Bedarf, weil viele Eltern Gesamtschulen „mögen“. Letztlich gehe es um die Frage, ob wir als Ausschuss und damit als Rat einen Beschluss und damit eine Vorgabe fassen wollen, mit der die Verwaltung weiß, was sie ausführen solle. Deshalb findet er es nicht befriedigend, wenn es keine Zielzahl gebe, wann 0 Abweisungen an Gesamtschulen erreicht werden sollten. Er deutet das Verhalten von Schwarz/Grün so, dass man es im Ungefähren lasse und 2030 nicht sagen wolle. Er findet eine Zielzahl dringend nötig. Der Punkt e, den DIE LINKE formuliert habe, ist eine Art Prüfauftrag, dass die Verwaltung darstellen solle, welche personellen und finanziellen Mittel dazu nötig seien. Dann könne man immer noch reflektieren, ob dies zu teuer sei. Bei den Kosten für eine Gesamtschule von 60 Mio. € sei es eine Frage der Verteilung von Ressourcen. Die bestehende Ratsmehrheit würde nicht mehr Ressourcen für den Bau von Gesamtschulen zur Verfügung stellen wollen.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft ergänzt, dass viele der an Gesamtschulen (dieses Jahr 950 Kinder) abgelehnten Kinder, auch ohne Gymnasialempfehlung, auf ein Gymnasium gingen. Dann seien die Klassen am Gymnasium 31 Kinder groß. Das sei viel zu viel. In den Klassen 5 und 6 würden dann viele Kinder auf eine Realschule wechseln, weil sie es nicht schafften. Dies sei auf fehlende Gesamtschulplätze zurück zu führen.

Nach ausführliche Diskussion wird zunächst über die Änderungsanträge entschieden. Der weitestgehende Antrag ist der Änderungsantrag unter 2.1.2.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. zeitnah darzustellen, durch welche zusätzlichen Maßnahmen, Projektarten und Strategien die Schaffung dringend benötigter Gesamtschul- und Gymnasialplätze beschleunigt werden kann, die über die bereits in der Gebäudewirtschaft personalisierten Maßnahmen hinausgehen,
2. konkret darzulegen, bei welchem der kurz- und mittelfristig umzusetzenden Baumaßnahmen im Gesamtschul- und Gymnasialbereich ein früherer Beginn durch den Start in einem Interim realisiert werden kann,
3. zur Umsetzung der unter 1. und 2. genannten Ziele in allen beteiligten Dezernaten

die entsprechende Flächensuche noch weiter zu intensivieren, konkrete Flächen zu identifizieren und dem Schulausschuss in Kürze vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion zugestimmt.

2.2 Corona-Prävention in städtischen Einrichtungen AN/0351/2020

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass eine Stellungnahme der Verwaltung vorliege.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, freut sich als antragstellende Fraktion, dass die Verwaltung dazu bereits eine Stellungnahme gefertigt habe und möchte diese mit dem Antrag unterstützen. Viele Rückmeldungen aus den Schulen zeigten auf, dass den Kindern die Notwendigkeit des Händewaschens zwar erklärt worden sei, aber Seife und/oder Papiertücher fehlten oder die Seife stark verdünnt worden sei. Dies wolle die FDP-Fraktion auch im Gesundheitsausschuss nochmal ansprechen. Ferner verweist sie auf den Antrag von vor Jahren, dass in allen öffentlichen WC's Aufkleber sein sollten, wie man die Hände richtig wasche. Es sollte kontrolliert werden, ob diese Aufkleber in allen städtischen Schulen vorhanden seien.

Herr Brust, Fraktion GRÜNE, weist darauf hin, dass es sinnvoll sei, in allen Klassen, in denen ein Waschbecken hängt, ebenfalls Seife vorzuhalten. Hierzu fragt er die Gebäudewirtschaft, ob es Richtlinien über Waschbecken in Klassenräumen gebe. Er halte es weiterhin für sinnvoll, dass in allen Klassenräumen Waschbecken vorhanden sind.

Frau Schüßler, Gebäudewirtschaft, erklärt, dass eine Nachfrage beim Gesundheitsamt ergeben habe, dass von dort befürwortet werde, weiterhin Waschbecken aufzuhängen. Dort wo Whiteboards vorhanden sind, seien Waschbecken jedoch nicht mehr gefordert.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass das Thema Toiletten und Hygiene ein Dauerbrenner sei. In vielen öffentlichen Gebäuden mit Kundenkontakt oder Schülerinnen und Schülern fehle die Desinfektionsmöglichkeit. Diese Möglichkeit der Hygiene vermisse er in der Stadt Köln immer noch.

Herr Kockerbeck, Fraktion DIE LINKE, regt zum Thema „Waschbecken als sonstige Bedarfe“ einen gemeinsamen Antrag an. Zum Beispiel bei Schulen, an denen im Unterricht getrunken werden könne, könnten die Kinder zum Trinkwasserkonsum angehalten werden, da dieses keinen Zucker enthalten und gesund sei.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, ist der Meinung, dass Desinfektionsmittel nichts bringen im Kampf gegen den Corona-Virus. Dies hätte sie gerne von einem Arzt geklärt. Das Wichtigste sei jedoch, die Hände mit Seife zu waschen. Nach ihrer Kenntnis helfe Desinfektionsmittel gegen Bakterien, aber nicht gegen Viren.

Frau Zhou, Bezirksschülervertreterin, erklärt, dass sie sich intensiv kundig gemacht habe und handelsübliche Desinfektionsmittel tatsächlich nur gegen Bakterien helfen würden. Spezielle Desinfektionsmittel, wie sie auch in der Uniklinik benutzt würden, präventierten gegen die meisten Viren, ob jedoch auch gegen den Corona-Virus sei nicht speziell ausgeschrieben. Es komme darauf an, welches Desinfektionsmittel benutzt würde.

Herr Glowacki, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kann nicht nachvollziehen, dass Waschbecken wegen der Anschaffung von Whiteboards abgeschafft würden. Er fragt nach, ob dazu die Schulleitungen gefragt worden sind. Die Whiteboards könnten auch mit einem feuchten Lappen gereinigt werden. Auch im Klassenraum solle einfach mal über einen Tisch gewischt werden können, ohne dafür vorher zur Toilette ans Waschbecken gehen zu müssen.

Frau Kißmann, Gebäudewirtschaft, erklärt, dass vorhandene Waschbecken aus Klassen nicht entfernt würden. In den großen Schulneubauten gebe es in den Clustern jeweils eine kleine Teeküche und die Möglichkeit der Wasserentnahme. Dies sei eine andere Raumstruktur, die ein paar Schritte mehr zum Waschbecken erfordere. Jedes Cluster habe auch Toiletten mit Waschbecken.

Frau Schüßler, Gebäudewirtschaft, ergänzt, dass das Programm in der Leistungsphase 0 mit den Schulen zusammen entwickelt und abgestimmt werde. Es sei im Raumbuch niedergeschrieben, ob dort Waschbecken vorgesehen sind.

Herr Beigeordneter Voigtsberger, führt aus, dass seit dem 04.03.2020 vergangener Woche unter der Federführung des Stadtdirektors Keller der Krisenstab tagt. Er selbst sei Mitglied dieses Krisenstabs, da immer in derartigen Fällen Schulen, Kindertagesstätten und auch der Sport betroffen seien. Neben ihm säßen auch Vertreter/Vertreterinnen des Amtes für Schulentwicklung, des Jugendamtes und auch des Sportamtes in diesem Krisenstab. Um Individualfragen der Presse und auch besorgter Bürgerinnen und Bürger proaktiv zu begegnen, schalte das Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit mindestens einmal täglich nachmittags eine Pressemitteilung zum aktuellen Stand.

Er erläutert kurz die aktuelle Lage im Bereich Schule. Zurzeit habe Köln einen bestätigten Fall am Rheingymnasium in Köln-Mülheim gehabt. Es habe sich, wie auch der Presse zu entnehmen, um eine Praktikantin der Schule gehandelt. Dort seien durch das Gesundheitsamt zwei Lehrerinnen und ein Oberstufenkurs in häusliche Quarantäne gebracht worden. Die Schule habe nach einem Tag der Schließung wieder den Betrieb fortsetzen können. Aktuell lägen weitere Verdachtsfälle vor, die durch das Gesundheitsamt noch geprüft würden. Es erfolge also keine Schulschließung durch das Gesundheitsamt aufgrund eines bloßen Verdachtes. Das Schulministerium habe die Schulen bezüglich präventiver Hygienemaßnahmen, also das Thema Hände waschen etc., informiert. Darüber hinaus haben die Kolleginnen und Kollegen des Amtes für Schulentwicklung allen städtischen Schulen per E-Mail die Handlungsempfehlungen und verschiedene Merkblätter des Gesundheitsamtes und des betrieblichen Gesundheitsmanagements zur Verfügung gestellt. Zudem habe das Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit Plakate entwickeln lassen, die allen Einrichtungen, also auch Schulen und Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt würden. Zum Thema „Vorhalten von ausreichend Seife und Hygienemittel zum Händewaschen“ habe das Amt für Schulentwicklung bereits Ende Februar nochmal alle Bürgerämter darauf aufmerksam gemacht, dass hierfür Sorge zu tragen ist und entsprechend Seife, Seifenspender und Einweghandtücher zur Verfügung stehen sollten. Auf Nachfrage bestätigten alle Bürgerämtern und Berufskollegs, dass dies erfolgt ist.

Abschließend erläutert er den Ablauf bei einer möglichen Schulschließung. Das Gesundheitsamt entscheide in Abhängigkeit von der konkreten Situation im Einzelfall, ob eine Schule geschlossen wird oder ob nur Einzelpersonen oder Personengruppen isoliert werden müssten. Dem Schulträger obliege es nach dieser Feststellung, im ersten Schritt die Schulleitung, die untere Schulaufsichtsbehörde und die Bezirksregierung zu informieren. Das Amt für Schulentwicklung, die untere Schulaufsichtsbehörde und die Bezirksregierung seien hierfür 24 Stunden untereinander erreichbar. Im An-

schluss würden die Schulen eng vom Gesundheitsamt begleitet und instruiert. Jegliche Kommunikation, die Außenwirkung erzielt, sei eng mit dem Presseamt abzustimmen, da es zwischenzeitlich auch einen Erlass des Ministeriums gebe, dass jegliche Aktivitäten in Sachen Coronavirus mit dem Land abzustimmen seien. Hiervon seien auch alle Informationswege betroffen. Nicht ausgenommen sei, dass es auch eigenmächtige Entscheidungen von Schulleitungen geben könne. Hierzu habe man heute auch nochmal im Krisenstab besprochen, dass man mit der Bezirksregierung in Kontakt treten werde um ein einheitliches Verfahren an die Schulen zu gebe, dass es nicht mehr zu diesen Unsicherheiten komme.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erklärt, dass er Antrag aufrecht erhalten bleiben solle, obwohl bereits Ende Februar die Mitteilung an die Bürgerämter gegeben wurden und noch im März Fehlermeldungen von Schulen kamen. Man wolle das weitere Vorgehen unterstützen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert sicherzustellen, dass in den Toiletten der Gebäude der Stadt Köln, insbesondere aber in den Toiletten der Schulen und Kitas ständig ausreichend Seife und Papierhandtücher den Nutzern zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, bei Enthaltung der Fraktion Die Linke

**2.2.1 Corona-Prävention in städtischen Einrichtungen (AN/0351/2020)
0801/2020**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**2.3 Gymnasial- und Gesamtschulplätze für Köln in Porz
AN/0369/2020**

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 5.5 beraten.

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, äußert sich zu diesem Antrag als Mitglied der CDU-Fraktion. Aus der Mitteilung unter 5.5 könne man entnehmen, dass es eine Diskussion in der Bezirksvertretung Porz gab, in der Aspekte der Schulentwicklungsplanung für den Stadtbezirk Porz diskutiert worden sind. Eines dieser dringend benötigten G9 -Gymnasien solle im Stadtbezirk Porz, Kennedystraße/östlich Im Falckenhorst entstehen, was im besten Fall bis 2023 realisiert werde. Die Verwaltung hat betont, dass dies ein Gymnasium in Porz, aber kein Gymnasium ausschließlich für den Stadtbezirk Porz sei. Andererseits sei es aber so, dass an der Lise-Meitner-Gesamtschule auch dieses Jahr wieder Schüler abgelehnt worden sind, die damit die einzige Gesamtschule im Stadtbezirk Porz nicht besuchen können. In der Mitteilung schlage die Verwaltung die Erweiterung um 14 Klassen vor. Dies sei schon einmal positiv für die Gesamtschule Porz. Ein weiterer Aspekt sei die zukünftige Nutzung der Haupt- und Realschule am Schulzentrum in Zündorf. Auf der Basis werde von der Verwaltung eine zeitnahe Darstellung erbeten, ob die Schaffung der im Zuge von G9 benötigten Gymnasialplätze auch ohne das Gymnasium in Porz realisiert werden könne und ob das bis 2023 erfolgen könne. Konkret werde erbeten darzulegen, wie die Erweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule beschleunigt umgesetzt werden könne und ob es hierzu eine sehr kurzfristige Interimslösung gebe. Ferner werde um Auskunft gebeten, unter welchen Bedingungen das Auslaufen der Haupt- und Realschule am Schulzentrum in Zündorf möglich sei und wie dadurch kurzfristig Gymnasial-

und/oder Gesamtschulplätze genutzt werden könnten. Das Anliegen der CDU-Fraktion sei es hier, sehr schnell und sehr konkret zu Ergebnissen zu kommen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass bei den Bauproblemen Gesamtschulplätze beschleunigt nur durch eine Neugründung von beispielsweise Realschulen geschaffen werden könne. Durch diesen zweiten Antrag würden konkretere und realistischere Vorschläge für eine Verbesserung vor allem im Gesamtschulbereich gemacht.

Herr Kockerbeck, Fraktion DIE LINKE, hält diesen Prüfauftrag für sinnvoll. Er bittet die Verwaltung, bei der Gesamtschule Porz darzustellen, wieviel Züge die Gesamtschule Porz zurzeit habe und inwieweit dies mit der Lise-Meitner-Gesamtschule besprochen sei. Ferner fragt er, ob die Interimslösung dem Ausschuss nochmals zum Beschluss vorgelegt werde.

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, erklärt, dass die Antragsteller nicht alle Antworten auf diese Fragen kennen. Daher müsse die Verwaltung hierzu einen oder mehrere Vorschläge machen, die dann erneut im Ausschuss behandelt würden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, verweist auf die Prio-Liste und den Schulentwicklungsplan, denen keine Chance gegeben werde, sondern diese immer wieder mit einzelnen Projekten gestört würden.

Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt zu bedenken, dass es große Probleme mit den vielen Abgängern von den Gymnasien nach der Erprobungsphase gebe, so dass Haupt- und Realschulen durchaus erhalten bleiben müssten. Dies hatte die ehemalige Dezernentin Frau Dr. Klein auch zugesichert. Er verstehe daher die Debatte um das Schulzentrum Zündorf nicht.

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, erläutert, dass diese Debatte schon mehrere Jahre geführt werde und auch Thema im Ausschuss war. Der Prüfauftrag würde jetzt aus vielerlei Gründen nochmal erteilt, beispielsweise wie die Rahmenbedingungen dieser beiden Schulen in Zündorf seien. In Porz bestehen zwei weitere Realschulen und eine Hauptschule, die alle drei auch sehr gut besucht seien. Es sei lediglich ein Vorschlag, wie man in Porz Schulraum schaffen könne und sich das Nachfrageverhalten in diesem Zusammenhang anzuschauen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erklärt, dass zum Punkt 2 bereits ein positiver Schulkonferenzbeschluss der GE Porz vorläge. Es sei ihm zu Punkt 3 wichtig, dass man die Schulen des Schulzentrums Zündorf mitnehme, ggfls. Überzeugungsarbeit leiste und auf einen entsprechenden Schulkonferenzbeschluss der beiden Schulen hinwirke, ehe im Ausschuss ein Beschluss gefasst werde. Zu Punkt 1 merkt er an, dass es in der Bezirksvertretung Porz vom 30.01.2020 einen Beschluss gebe, eine Gesamtschule zu errichten, was eine Vorfestlegung darstelle.

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bezieht sich auf das Protokoll der Bezirksvertretung Porz und bestätigt die Anmerkung von Herrn Philippi. Die Bezirksvertretung Porz wolle aus Stadtbezirkssicht nachvollziehbar an dieser Stelle lieber eine Gesamtschule haben. Unter TOP 5.5 habe die Verwaltung aber bereits darauf hingewiesen, dass an dieser Stelle eines der neuen G9-Gymnasien entstehen soll, damit 2023 die Gymnasialkinder auch beschult werden könnten. Die Vorlage liegt im Stadtentwicklungsausschuss. Zu Punkt 3 stellt er klar, dass die Bezirksvertretung Porz das so nicht festgelegt habe, sondern um Prüfung gebeten habe, was auch unter Einbeziehung der Schulen möglich sei.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, erläutert, dass es einen Schulkonferenzbeschluss der Lise-Meitner-Gesamtschule gebe, der lautet, man könnte die Schule um 2 Züge

erweitern, wünscht sich aber keine Container, sondern die Unterbringung in der benachbarten Stresemann-Grundschule.

Herr Pfeuffer, Dezernat IV, erläutert, dass die Gesamtschule Porz 4-zügig sei. Es gehe um eine Erweiterung um 2 Züge. Die Unterbringung in Containern sei Bestandteil des dritten Containerprogramms, welches auch im Ausschuss beschlossen worden sei. Alternativ wäre die Unterbringung in der ehemaligen Finkenbergschule (Förderschule). Dahin sei derzeit eine Grundschule ausgelagert, die jedoch im Laufe des Jahres wieder aus dem Standort herausgehe. Beide Handlungsoptionen seien in der Schulentwicklungsplanung aufgegriffen. Er möchte hierzu nichts vorgreifen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bittet, die Punkte einzeln aufzurufen.

Es findet eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte statt.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah darzustellen, ob die Schaffung der im Stadtgebiet benötigten Gymnasialplätze auch ohne das neue Gymnasium im Stadtbezirk Porz realisiert werden kann und falls ja, wie.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion, bei Enthaltung der SPD-Fraktion.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, konkret darzulegen, wie die Erweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule beschleunigt umgesetzt werden kann und ob hier eine kurzfristige Interimslösung realisiert werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3. Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, unter welchen Bedingungen das Auslaufen der Haupt- und/oder Realschule am Schulzentrum in Zündorf umgesetzt werden kann und ob dadurch am Standort kurzfristig weitere Gymnasial- oder Gesamtschulplätze geschaffen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Gesamtbeschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. zeitnah darzustellen, ob die Schaffung der im Stadtgebiet benötigten Gymnasialplätze auch ohne das neue Gymnasium im Stadtbezirk Porz realisiert werden kann und falls ja, wie,
2. konkret darzulegen, wie die Erweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule beschleunigt umgesetzt werden kann und ob hier eine kurzfristige Interimslösung realisiert werden könnte,
3. darzustellen, unter welchen Bedingungen das Auslaufen der Haupt- und/oder Realschule am Schulzentrum in Zündorf umgesetzt werden kann und ob dadurch am Standort kurzfristig weitere Gymnasial- oder Gesamtschulplätze geschaffen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des Eckpunktepapiers des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI) aus einer früheren Sitzung 4450/2019

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.2 Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganztage an Kölner Grundschulen AN/0050/2020

3.1.2.1 Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganztage an Kölner Grundschulen 0630/2020

Herr Kockerbeck, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, diesen Punkt beim nächsten Ausschuss nochmal auf die Tagesordnung zu setzen, da die Beantwortung, noch nicht gelesen werden konnte.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 KLASSE-Projekt Klima Aktion: Schulen sparen Energie AN/0101/2020

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, dass seines Wissens die Stelle in der Verwaltung, die diese Anfrage hätte beantworten sollen, unbesetzt sei und aus unterschiedlichen Gründen momentan das Klasse-Projekt in der Verwaltung keinen Ansprechpartner habe.

Durch diese Vakanz seien auch die Projekte an den Schulen betroffen, da die Schüler angehalten werden sollen, Abfall und Energie einzusparen und dafür die Hälfte des eingesparten Geldes die Schule bekommen soll. Er befürchtet einen Stau bei der Auszahlung dieses Geldes. Zudem sei ärgerlich, dass durch die Bewegung „Fridays for Future“ eine Gelegenheit gewesen wäre, weitere Schulen für das Klasse-Projekt zu gewinnen. Daher die dringende Bitte an die Verwaltung, das Klasse-Projekt wieder mit genügend Personal auszustatten.

Frau Gaiser, Amt für Schulentwicklung, erklärt, dass die Stelle besetzt ist und keine Rückstände bei den Abrechnungen bis einschließlich 2019 bestünden. Die Kollegin nehme die Bewegung „Fridays for Future“ auf und sei sehr aktiv dabei, neue Schulen zu gewinnen. Seit dem 01.01.2020 ist eine zweite Kollegin weggegangen. Die Stelle sei aber im Stellenbesetzungsverfahren.

3.2.2 Netzwerke an Schulen - NetCologne AN/0232/2020

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

**3.2.3 Beschleunigung der Schulbaumaßnahmen- weitere Projektarten
AN/0248/2020**

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

**3.2.4 Schulreinigung
AN/0195/2020**

**3.2.4.1 Beantwortung einer Anfrage, AN/0195/2020
0802/2020**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.2.5 Gebäudenutzung Möbelhaus Flamme als Schulgebäude
AN/0343/2020**

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

**3.2.6 Kölner Partnerschulen in Polen: LGBTI-freie Zonen in Polen
AN/0358/2020**

Herr Glowacki, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert, dass Partnerschulen eine innere Schulangelegenheit sei. Zur Frage, warum das überhaupt hier Thema ist, gibt er die Anregung, dass Dialogmöglichkeiten nicht unterbunden sondern ausgeschöpft werden sollten. Schulleitungen müssten erst einmal über diese Situation informiert werden.

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

4 Vorlagen der Verwaltung

**4.1 Einrichtung von Fachräumen als Automatisierungslabor im Berufskolleg 17, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln (Deutz) – Förderprogramm des Landes NRW 'Digitalpakt Schule' – außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2020 mit dazugehöriger Freigabe
2687/2019**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Herrichtung und Einrichtung von Fachräumen als Automatisierungslabor im Berufskolleg 17 (Schwerpunkt gewerblich technische Ausbildungsberufe und Fachschule für Technik), Eitorfer Str. 18-20, Köln-Innenstadt (Deutz), mit Gesamtkosten in Höhe von rund 580.000 € (investiver Anteil: 500.000 €, konsumtiver Anteil: 80.000 €). Der Beschluss erfolgt im Vorgriff auf den Gesamtmaßnahmenkatalog zum Digitalpakt (Richtlinie Digitalpakt NRW) und steht unter dem Vorbehalt einer erteilten Förderungszusage durch

das Land NRW. Der Rat stellt für die o.g. Maßnahme den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Zuwendung aus dem Digitalpakt wird in Höhe von 90% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gewährt, 10% der Kosten sind als Eigenanteil zu tragen.

Zur Finanzierung der Maßnahme werden die Zuwendungen aus dem Digitalpakt in Höhe von rd. 522.000 € (konsumtiv: rd. 72.000 €, investiv: rd. 450.000 €) in 2020 unterjährig im Rahmen der Bewirtschaftung im Teilplan 0301 Schulträgeraufgaben als Deckung zur Verfügung gestellt. Der Rat beschließt in diesem Zusammenhang für 2020 eine außerplanmäßige Bereitstellung von Zahlungsmitteln in Höhe von 450.000 € im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben in der Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen –, bei der Finanzstelle 4050-0301-0-6014 Digitalpakt.

Der im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben entstehende Mehrbedarf in Höhe von 72.000 € wird unterjährig in 2020 im Rahmen der Bewirtschaftung mittels unechter Deckung finanziert.

Bezüglich des städtischen Eigenanteils in Höhe von rd. 58.000 € (konsumtiv: rd. 8.000 €, investiv: rd. 50.000 €) beschließt der Rat ferner für 2020 eine außerplanmäßige Bereitstellung von Zahlungsmitteln in Höhe von 50.000 € im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben in der Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen –, bei der Finanzstelle 4050-0301-0-6014 Digitalpakt. Die investive außerplanmäßige Mehrauszahlung in Höhe von 50.000 € wird innerhalb des Teilfinanzplans 0301 Schulträgeraufgaben durch eine Wenigerauszahlung von im Hpl. 2020/2021 für 2020 veranschlagten Mitteln des Förderprogramms Gute Schule 2020 bei Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen –, Finanzstelle 4050-0301-0-6013 Gute Schule 2020, gedeckt.

Der im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben entstehende Mehrbedarf in Höhe von 8.000 € wird unterjährig in 2020 im Rahmen der Bewirtschaftung mittels echter Deckung im Wege der Sollumbuchung innerhalb des Teilergebnisplans 0301 Schulträgeraufgaben aus veranschlagten Mitteln des Förderprogramm Gute Schule 2020 finanziert.

2. Der Rat beschließt, vorbehaltlich der Gewährung der Landesförderung, die Freigabe von Kassenmitteln im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 500.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, auf der Finanzstelle 4050-0301-0-6014, Digitalpakt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.2 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“
hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 – 4
0442/2020**

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.3 Elternbeitragssatzung für die Kindertagesbetreuung ab 01.08.2020 0558/2020

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Mitteilungen

5.1 Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Verkehr - Wie engagiert werden in Köln Verbesserungen umgesetzt? hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.12.2019, TOP 5.2.1 0129/2020

Frau Irlenbusch, SPD-Fraktion, bedankt sich für die Beantwortung. Sie zitiert aus der Antwort, dass einige Grundschulen schon Schulwegpläne eingereicht hätten. In der Presse werde immer wieder Schulwegsicherheit bemängelt, z.B. das Apostelgymnasium mit der Haltestelle auf der Aachener Straße oder auch die neue Schule am S-Bahnhof Lövenich. Im Rechtsrheinischen gebe es Grundschulen, die die Sicherheit beklagen und aus eigener Erfahrung am Klettenbergpark die Elsa-Brändström-Gesamtschule ist, die wachsen wird. Hier sei die Frage, ob die Schulen selber etwas tun oder ob vom Amt für Straßen- und Verkehrsentwicklung schon etwas getan worden sei oder ob hier progressiver vorgegangen werden müsse.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert, dass beim Tag der Jugend in 2018 das Schiller-Gymnasium einen Antrag gestellt habe, der auch im Verkehrsausschuss behandelt worden sei. Bei einer Beantwortung einer Anfrage wäre es daher hilfreich, wenn diese Antwort vollständig wäre. Dies würde zurückspiegeln, dass etwas getan würde und wäre Hilfe und Rückmeldung für die Schulen und Information an die politisch interessierte Schülerschaft.

Herr Kockerbeck, Fraktion DIE LINKE, bemerkt, dass ihm als ein Beispiel die gefährliche Situation am Schillergymnasium (mit dem Fahrrad über die Luxemburger Straße) aufgefallen sei. Das ist ein „schlummerndes Problem“, da die Schulen nicht genügend Verwaltungspersonal insbesondere in den Sekretariaten hätten, um sich in größerem Maße um die Schulwegpläne zu kümmern. Daher findet er es wichtig, dass die Stadtverwaltung dort aktiv werde. Man könnte vielleicht unter der Ebene eines Schulwegplans bei Kontakt mit Schulen diese Frage ansprechen, da es meist schulbekannte Gefahrenpunkte seien.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Lehrschwimmbecken der GGS Hohe Straße in Porz Ensen - Offener Brief der Vernetzung Porzer Bürgervereine und Statikgutachten 0151/2020

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, teilt mit, dass das Schwimmbecken laut Gutachten schon sehr marode sei. Es werde jetzt noch ein weiteres Gutachten gemacht, dass erst noch beauftragt werden müsse und erst Ende des Jahres vorliegen werde. Zudem müsse die Prioritätenliste geändert werden. Realistisch bedeutet dies, dass Porz und Umgebung für die nächsten zehn oder mehr Jahre ohne Lehr-

schwimmbecken bleibe. Dieses äußerst wichtige Anliegen Schulschwimmen nehme problematische Formen an, weil die Kinder nicht mehr schwimmen lernten. Daher habe die SPD-Fraktion dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft einige Anregungen gemacht, u.a. dass die Verwaltung eine provisorische Lösung darstellen möge, z.B. eine provisorischen Interimslösung mit mobilen Becken, die nicht unbedingt auf dem Gelände stattfinden müsste, sondern in der Umgebung. Frau Rinnenburger habe im Betriebsausschuss eine Prüfung und Stellungnahme zugesagt. Diese werde auch zur weiteren Diskussion für den Ausschuss Schule und Weiterbildung gewünscht.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, sehe die Prioritätenliste und den Rückgang des Anteils der Kinder, die am Schwimmunterricht teilnehmen als Problem an. Er findet nicht nur das Schwimmen und dementsprechend das Schwimmbecken wichtig, sondern auch, dass aus pädagogischer Sicht für die Nutzung gesorgt werde.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, merkt an, dass Schulschwimmen zum verpflichtenden Schulprogramm in der Grundschule gehöre und fragt daher, wie dies sichergestellt werde und welche Lösung es dafür gebe.

Frau Gorklo-Blameuser, Amt für Schulentwicklung, antwortet, dass es für Kinder an Schulen, die kein Schwimmbecken haben, in den öffentlichen Schwimmbädern Schulschwimmen durch Anmieten von „Bahnzeiten“ angeboten würde. Ob es ein Angebot in Porz gebe und ob dies stundenmäßig vollumfänglich sei, müsse geprüft werden. Genaue Zahlen müssten nachgereicht werden. Sie weist aber darauf hin, dass es über das Programm „Sicher Schwimmen“ auch zusätzliche Angebote in öffentlichen Bädern gebe.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erläutert, dass im letzten Sportausschuss ein gut formulierter Antrag des Seniorenvertreters vorlag. Es fehle nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene und Senioren an Wasserfläche. Daher wäre ein mobiles Becken eine Lösung, die sich anbieten würde und eine sehr schnelle Lösung sein könne.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 Teilnahme des Erich-Gutenberg-Berufskollegs am Schulversuch Talentschulen 0160/2020

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben beglückwünscht die Schule, dass sie durch ihre Arbeit ein „Ja“ zu ihrem Konzept bekommen habe.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.4 Neue Integrationschancen durch einen Schulabschluss an der Tages- und Abendschule Köln 0262/2020

Frau Fuhrmann, SPD-Fraktion, weist auf die ausgelegte Bilanz der letzten Jahre der Tages- und Abendschule. Anlass sei zum einen gewesen, dass es immer wieder Fragen gab zum Verbleib von Schülern nach Vollzeitschulpflicht, die leider ohne Abschluss gehen. Dazu leiste die TAS ihren Beitrag durch Auffangen von einem Teil dieser Schülerinnen und Schüler. Der zweite Grund für diesen Bericht sei, dass die TAS sich seit 2015 (seit es vermehrt Geflüchtete gebe) in besonderer Weise der Aufgabe zur Integration gewidmet habe. Es gebe mittlerweile auch eine ganze Menge an Abschlüssen, so dass in der Landesinitiative in Arbeit oder Ausbildung durchgestartet

werden könne. Diese erfolgreiche Arbeit sei u.a. durch vielfache Förderungen der Stadt und von Stiftungen möglich gewesen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, findet die Arbeit der TAS, als Schule der zweiten Chance, hervorragend. Deshalb möchte es anregen, dass die TAS im Ausschuss Schule und Weiterbildung Gelegenheit erhält, ihr Programm vorzustellen. Ferner interessiere ihn, ob es Wartelisten gebe. Es sei dringend nötig, jeder/jedem einen Schulplatz anbieten zu können.

Frau Hersebrock, TAS, freut sich für das Lob aus dem Ausschuss und bedankt sich. Sie werde das Lob auch an ihre Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Sie würde gerne demnächst ihre Arbeit im Ausschuss genauer vorstellen.

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben wird einen Termin für eine der nächsten Sitzungen mit Frau Hersebrock abstimmen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.5 AN/0127/2020 Schulsituation in Porz - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 0312/2020

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.6 Kinderfreundliche Kommune Köln
Erster internationaler Child Friendly Cities Summit in Köln, veranstaltet durch UNICEF und der Stadt Köln / Halbzeitbilanz "Kinderfreundliche Kommune"
3580/2019**

Die Verwaltung stellt einen Filmclip zum Thema „Kinderfreundliche Kommune“ vor. Herr Vorsitzender Dr. Schlieben bedankt sich herzlich.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, bedankt sich ebenfalls. Es sei eine sehr positive Sache und es seien eine Menge an Aktivitäten aufgezeigt worden. Ihm sei jedoch nicht klar, ob Aktivitäten geschaffen werden sollten, die auf das Programm hinweisen, oder über die Umsetzung berichtet werden solle.

Frau Mörtl antwortet darauf, dass es einen 3-jährigen Aktionsplan zu ganz verschiedenen Maßnahmen gebe und eine Kampagne aus dem Aktionsplan, die sich zusammensetzt aus vielen verschiedenen kleineren und größeren Aktionen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.7 20. Ehrenamtspreis "KölnEngagiert"
4439/2019**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.8 Jahresbericht 2019 des Amtes für Weiterbildung / Volkshochschule liegt vor
0360/2020**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.9 27. Bericht zur Situation Geflüchteter
0417/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt und soll in der nächsten Sitzung beraten werden.

**5.10 Beantwortung einer Anfrage zum Verbot der muttersprachlichen Unter-
haltung von Schüler*innen während der Pausen in den Kölner Schulen -
AN/1739/2019
0544/2020**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.11 Rückblick Digital Education Day 2019
0608/2020**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.12 Dokumentation des Fachtags der Schulsozialarbeit "mehr möglich ma-
chen"
0470/2020**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 mündliche Anfrage von Frau Fuhrmann - Toilettensanierung an der TAS
Frau Fuhrmann, SPD-Fraktion, fragt in Bezug auf den von ihr vorgelegten Sachstand zur erforderlichen Sanierung der Toiletten an der Tages- und Abendrealschule (TAS), ob die TAS mit in das Programm aufgenommen werden kann oder in welcher Weise sonst die erheblichen Mängel der dortigen Toiletten behoben werden könnten.

Frau Schüßler, Gebäudewirtschaft, sagt zu, dass die TAS auf jeden Fall mit in das Programm genommen und saniert werde.

**6.2 mündliche Anfrage von Herr Dr. Zimmermann - Grundschule Mander-
scheider Platz**

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, berichtet aus dem Stadtteil Sülz/Klettenberg, dass ein Gebäude neben der Grundschule Manderscheider Platz abgerissen werde. Die Schulleiterin hoffe, dass dieses Grundstück der Schule zugeschlagen würde. Er fragt, ob dies so geplant sei.

6.3 mündliche Anfrage von Herr Tempel - Digitalpakt

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, fragt nach dem Stand zum Mittelabfluss aus dem Digitalpakt.

Frau Gorklo-Blameuser erklärt, dass es dazu eine Beschlussvorlage geben werde, wie der Mittelabruf für den Digitalpakt geplant sei. Nach interner Abstimmung ist eine entsprechende Vorlage für das 3. Quartal 2020 geplant.

6.4 mündliche Anfrage von Frau Ruffen - Rahmenvertrag Touch Panels

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, fragt nach dem Stand beim Rahmenvertrag für die Touch-Panels. Es gäbe fest installierte und mobile Touch Panels. Sie fragt, welches Modell bestellt worden sei bzw. ob sich die Schulen dies aussuchen könnten.

Frau Gorklo-Blameuser erklärt, dass die Ausschreibung soweit abgeschlossen sei und die Ergebnisse vorlägen. Es seien vom Amt für Informationstechnik verschiedene Modelle und verschiedene Größen etc. ausgeschrieben worden. Derzeit würden die einzelnen Modelle gemeinsam mit den Anbietern getestet. Natürlich würden die Schulen gefragt und beraten. Die Verwaltung sei an einem baldigen Abschluss interessiert, so dass dann die konkreten Aufträge erteilt werden könnten.

6.5 mündliche Anfrage von Herrn Dr. Gutzeit - Inventur an Schulen

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion fragt nach dem Zwischenbericht zur Inventur an Schulen. Ferner erbittet er eine Auskunft/Tendenz/Verbesserungen zum Thema "kein Schüler ohne Abschluss", da das Ziel sein müsste, gegen 0 zu gehen.

Frau Gorklo-Blameuser erklärt zum Thema Inventur an Kölner Schulen, dass das Mammutprojekt an rund 260 Schulen an fast 300 Standorten eine Menge Ressourcen bedürfte. Es gebe einen mit der Kämmerei abgestimmten 5-Jahres-Plan, dies bedeute, dass das Amt für Schulentwicklung ca. 5 Jahre brauche, um alle Schulen zu inventarisieren. In Zukunft werde jede Schule in diesem 5-Jahres-Rhythmus eine Aktualisierung erfahren. Das Ganze dauere so lange, weil nur in einem bestimmten gesetzlich vorgegebenen Zeitraum die Inventur durchgeführt werden könne. Wie schon dem Rechnungsprüfungsausschuss so könne gerne auch diesem Ausschuss zur nächsten Sitzung ein Zwischenbericht vorgelegt werden.

Herr Dr. Gutzeit gibt zur Inventarisierung die Anregung, dass man dazu auch Auszubildende einbeziehen könnte.

Frau Gorklo-Blameuser erklärt, dass einiges an Know how auch für die Vor- und Nachbereitung vorhanden sein müsse, so dass es seitens des Amtes für Schulentwicklung gewünscht sei, dass dies in der Hand einer Stelle erfolge.

6.6 mündliche Anfrage von Herr Thelen - Planung des Hölderlin-Gymnasiums

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach dem Stand der Planung beim Hölderlin-Gymnasium, ob es richtig sei, dass aufgrund von Schwierigkeiten mit der Schule nochmal die Phase 0 angesprochen werden müsse.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erklärt, dass das Gebäude auf dem Grundstück des Hölderlin-Gymnasiums abgängig sei. Das Grundstück umfasst insgesamt rd. 6.000 qm, d.h. für ein Gymnasium dieser Art wird eine deutlich größere Fläche gebraucht, weshalb es aktuell eine Diskussion vor Ort gebe, wie eine Teilstandortlösung aussehen könnte. Dagegen wehre sich die Schulgemeinde. Es werde sich daher über eine Teilstandortlösung unterhalten werden müssen oder versucht, ein Grundstück zu finden, welches den benötigten Platz an einem Standort habe. Bei einem Termin Mitte März werde das Amt für Schulentwicklung und die Schulgemeinde anwesend sein, um sich vor Ort über den von der Schulgemeinde aufgesetzten Brief und die Argumente auszutauschen und größtmögliche Transparenz zu erzielen.

6.7 mündliche Anfrage von Herrn Kockerbeck - Gesamtschule Kalk

Herr Kockerbeck, Fraktion DIE LINKE, fragt nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Land zu der Fläche gegenüber dem Polizeipräsidium Kalk. Speziell, ob es eine Äußerung der Landesregierung gebe, wann das Grundstück zu haben wäre. Bisher sei diese Fläche als Ausweichfläche für die TH-Sanierung vorgehalten worden. Er fragt, ob es eine Aussage gebe, in welchem Jahr die Stadt Köln voraussichtlich diese Fläche ankaufen könne, um die für den Bau der Gesamtschule Kalk zu nutzen.

Herr Pfeuffer antwortet, dass es bisher keine Aussage dazu gibt. Daher bestehe die Frage, ob es einen Standort gibt, der schneller zur Verfügung stünde als das Grundstück am Walter-Pauli-Ring. In Vorbereitung auf unvorhergesehene Entwicklungen würde diese Fläche als Schulreservegrundstück aber nicht aufgegeben.

7 Verschiedenes

Köln, den 22.09.2020

gez.

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Caspar

Schriftführerin